

## Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche  
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:  
[www.hamburg.de/wochendienst](http://www.hamburg.de/wochendienst)

Nr. 19

vom 11. Mai 2012  
Redaktion: Katja Richardt

## Bund

896. Sitzung des Bundesrates .....	2
Sicherungsverwahrung: Justizsenatorin Jana Schiedek will im Bundesrat Schutz der Bevölkerung verbessern .....	6

## Schule, Jugend und Berufsbildung

Unternehmen und Stadtteilschulen werden Partner .....	7
---	---

## Kultur

80.000 Euro für Kinder- und Jugendkultur .....	10
--	----

## HafenCity

Eine grüne Identität für die östliche HafenCity: Freiraum-Wettbewerb für das Quartier Baakenhafen entschieden .....	12
--	----

## Zur Information

Serviceverbesserungen bei Behördennummer 115 .....	15
Terminkalender .....	17

10.5.2012/br10

## **An der 896. Sitzung des Bundesrates am 11. Mai 2012 nimmt Senator Michael Neumann teil**

Die Tagesordnung umfasst 70 Punkte.

### **Hamburg lehnt Steuersenkungen im Bundesrat ab**

Der Bundesrat wird im ersten Durchgang über einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zu Steuersenkungen beraten. Hamburg lehnt diesen Entwurf gemeinsam mit vielen weiteren Ländern ab, da er zu deutliche Einnahmerückgängen für die öffentlichen Kassen führen würde. Dies ist nach Ansicht Hamburgs angesichts der bestehenden Staatsverschuldung eine falsche Maßnahme. Neben einer Steuersenkung für den Ausgleich der „Kalte Progression“ will die Bundesregierung den Grundfreibetrag bei der Einkommenssteuer in den nächsten Jahren um 350 Euro bzw. 4,4% auf 8.354 Euro anheben. Diese Vorschläge führten zu einer Belastung der öffentlichen Haushalte von jährlich sechs Milliarden Euro. Eine derartige Steuersenkung widerspricht nach Ansicht Hamburgs der unbedingten Notwendigkeit zur Haushaltskonsolidierung.

Hamburg hat stattdessen gemeinsam mit anderen Ländern einen Entschließungsantrag zur Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer eingebracht. Der Antrag setzt sich für eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes von derzeit 42 auf dann 49% ab einem jährlich zu versteuernden Einkommen von 100.000 Euro für Alleinstehende und 200.000 Euro für Verheiratete ein. Angesichts der schwierigen Lage der öffentlichen Haushalte sei unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten ein höherer Beitrag der Bestverdiener zur Finanzierung des Gemeinwesens notwendig. Die höheren Einnahmen sollen zum Abbau der Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte beitragen.

### **Europäische Schuldenbremse - Fiskalpakt**

Der Bundesrat berät über den sog. Europäischen Fiskalpakt. Der am 2. März 2012 von den Europäischen Staats- und Regierungschefs vereinbarte Fiskalpakt ist ein Vertrag zwischen allen EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme Großbritanniens und Tschechiens, der die Unterzeichnerländer zur Befolgung strikter Haushaltsdisziplin verpflichtet. Die Vertragsstaaten müssen binnen eines Jahres nach Inkrafttreten des Fiskalpakts Schuldenbremsen in ihrem nationalen Recht verankern. Das jährliche strukturelle Haushaltsdefizit darf künftig grundsätzlich 0,5% des Bruttoninlandsprodukts nicht überschreiten. Hamburg begrüßt eine solche Regelung für mehr Haushaltsdisziplin in Europa. Allerdings sind viele Einzelfragen zur Ausgestaltung der Regelungen noch ungeklärt, so dass sorgfältige Beratungen auch im Bundesrat nötig sind. Hamburg setzt sich außerdem dafür, zur Flankierung des Fiskalpakts eine Strategie für mehr Wachstum in Europa zu vereinbaren.

### **Euro-Rettungsschirm: Stellungnahme zu Stabilitätshilfen in Europa**

Der Bundesrat befasst sich außerdem mit dem sog. Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Durch das ESM-Gesetzgebungspaket soll der am 2. Februar 2012 unterzeichnete Vertrag zur Einrichtung des ESM ratifiziert werden. Dieser dauerhafte Euro-Rettungsschirm soll mittelfristig die Aufgaben der im Jahr 2010 geschaffenen temporären Rettungsschirme (EFSF) übernehmen. Er ist mit einem Stammkapital von 700 Mrd. Euro ausgestattet, das aus 80 Milliarden Euro eingezahltem Kapital und 620 Milliarden Euro abrufbarem Kapital besteht. Deutschland wird sich mit 21,7 Milliarden Euro am einzuzahlenden Kapital und 168,3 Milliarden Euro am abrufbaren Kapital beteiligen. Hamburg ist der

Auffassung, dass die Einrichtung des ESM nur ein Baustein zur Stabilisierung der Eurozone sein kann. Die Gewährung möglicher Stabilitätshilfen müsse sehr restriktiv und unter strengen Auflagen erfolgen. Ferner fordert der Bundesrat im Rahmen der ESM-Gesetzgebung angemessene Mitwirkungsrechte (z.B. frühzeitige und umfassende Information) ein.

### **Hamburg gegen massive Kürzungen bei der Solarförderung**

Mit der Novelle zum Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) wollen Bundesregierung und Regierungskoalition das Förderniveau für Solarstrom (Strom aus Photovoltaikanlagen) über die bereits beschlossenen und berechtigten Kürzungen hinaus massiv senken. Ohne ausreichende Übergangsregelungen und durch rückwirkende Kürzungen von 20 bis 30 Prozent wären jedoch zahlreiche Unternehmen in ihrer Existenz bedroht und viele Arbeitsplätze gefährdet. Zusammen mit anderen Ländern spricht sich Hamburg deshalb für die Anrufung des Vermittlungsausschusses aus. Ziel der Anrufung ist die grundlegende Überarbeitung der Gesetzesnovelle, um u.a. durch angemessene Übergangsfristen wieder Investitionssicherheit und Vertrauen in die Förderinstrumente des EEG herzustellen.

### **Hamburg fordert mehr Schutz der Bevölkerung vor psychisch gestörten Straftätern**

Nachdem die ehemalige Regelung zum Umgang mit Sicherungsverwahrten vom Bundesverfassungsgericht für rechtswidrig erklärt wurde, war die Bundesregierung verpflichtet, die gesetzlichen Regelungen zur Sicherungsverwahrung neu zu fassen. Der nun vorgelegte und im Bundesrat zur Beratung anstehende Entwurf stellt jedoch aus der Sicht Hamburgs keine umfassende und sachgerechte Lösung dar. Insbesondere enthält er keine Regelung für den Fall, in dem die Gefährlichkeit eines Täters noch nicht zum Zeitpunkt seiner Verurteilung erkennbar war, sondern erst zu einem späteren Zeitpunkt zutage getreten ist. Hamburg fordert in einem Änderungsantrag, den Schutz der Bevölkerung zu verbessern. Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, psychisch gestörte Straftäter, deren fortdauernde Gefährlichkeit erst nach ihrer Verurteilung im Strafvollzug offenbar wird, zum Schutz der Allgemeinheit in einer Therapieeinrichtung unterzubringen.

### **Länder verlangen grundlegende Veränderung bei der Reform der Pflegeversicherung**

Im Bundesrat steht die Beratung des Pflege-Neuausrichtungsgesetzes an, zu dem zahlreiche Änderungsanträge vorliegen. Hamburg hat gemeinsam mit anderen Ländern einen Entschließungsantrag eingebracht, in dem die Mängel des von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurfs kritisiert werden. Der Vorschlag der Bundesregierung bleibe hinter den Notwendigkeiten für eine Reform der Pflegeversicherung sowie hinter den Erwartungen der Pflegebedürftigen und den pflegenden Angehörigen zurück. Die erforderliche Neuausrichtung der Pflege angesichts der demografischen Entwicklung werde durch den Gesetzentwurf erneut verschoben. Auch wenn einzelne Maßnahmen, wie u.a. die Förderung neuer Wohn- und Betreuungsformen für Pflegebedürftige, richtige Ansätze seien, fehle ein Gesamtkonzept zur nachhaltigen Verbesserung der Pflege. Es erfolgt beispielsweise keine Einführung des von einem breiten Konsens getragenen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Die geringen Leistungsverbesserungen für Menschen mit Demenz sind lediglich als Übergangsregelung vorgesehen; die erwarteten Mehreinnahmen von rund 1 Milliarde Euro gewährleisteten nur eine Finanzierung dieser Leistungen bis zum Jahre 2015. Statt einer nachhaltigen Sicherung der Finanzierung der gesetzlichen Pflegeversicherung habe die Bundesregierung bislang nur ein weiteres Gesetz zur steuerlichen Förderung einer freiwilligen privaten Pflege-Zusatzversicherung angekündigt. Eine solche Förderung würde Familien mit geringem Einkommen aber nicht erreichen, sondern führte stattdessen zu Mitnahmeeffekten und förderte lediglich die Versicherungswirtschaft. Weiter wird von den Ländern gefordert, bessere Aufklärung und Beratung der Pflegebedürftigen zu ermöglichen, neue Versorgungsformen erproben zu können, eine differenzierte Dynamisierung der Leistungen für die

ambulante Pflege und eine länderbezogene Verteilung der Fördermittel für neue Wohnformen vorzusehen sowie eine bessere Qualitätssicherung bei häuslicher Pflege und bessere Abstimmung von Qualitätsprüfungen in das Gesetz aufzunehmen.

### **Stärkung der Öffentlichkeitsbeteiligung bei Großvorhaben**

Mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung sollen das Verwaltungsverfahrensgesetz des Bundes sowie Fachgesetze geändert werden. Ziele sind die Vereinheitlichung des Verfahrensrechts, die Stärkung der Öffentlichkeitsbeteiligung bei Großvorhaben und die Verfahrensbeschleunigung. Neu ist eine Regelung für eine „frühe Öffentlichkeitsbeteiligung“. Danach hat die Behörde darauf hinzuwirken, dass der Träger bei der Planung von Vorhaben, die nicht nur unwesentliche Auswirkungen auf eine größere Zahl von Dritten haben können, die betroffene Öffentlichkeit frühzeitig über die Ziele des Vorhabens, die Mittel, es zu verwirklichen und die voraussichtlichen Auswirkungen unterrichtet.

### **Besserer Schutz von Journalisten im Strafrecht**

Journalistinnen und Journalisten sollen künftig besser vor Maßnahmen zur Beschlagnahme von Recherchematerial geschützt werden. Mit dem „Gesetz zur Stärkung der Pressefreiheit im Straf- und Strafprozessrecht“ wird die Schwelle für eine Beschlagnahme erhöht: Eine solche ist in Zukunft nur zulässig, wenn ein „dringender Tatverdacht“ vorliegt. Außerdem sollen Journalistinnen und Journalisten künftig nicht mehr wegen Beihilfe zum Geheimnisverrat belangt werden können, wenn sich ihre Handlung auf die Entgegennahme, Auswertung oder Veröffentlichung des Geheimnisses beschränkt. Das Gesetz ist eine Reaktion auf die „Cicero“-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. In dieser hatte das Verfassungsgericht festgestellt, dass ein einfacher Verdacht der Beihilfe zum Geheimnisverrat nicht ausreicht, um die Durchsuchung von Redaktionsräumen zu rechtfertigen.

### **Neue Regelungen für fairen Wettbewerb**

Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen wird mit dem vorliegenden Gesetzentwurf bereits zum achten Mal überarbeitet. Diese Anpassungen sind notwendig, um die im Gesetz enthaltenen wettbewerbsrechtlichen Spielregeln an die sich beständig wandelnden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen. So wird beispielsweise die nationale Fusionskontrolle, also das Regelwerk über die Zulässigkeit von Unternehmenszusammenschlüssen, modernisiert und an die europäische Systematik angepasst. Zudem wird der Handlungsspielraum kleiner und mittlerer Presseunternehmen angemessen erweitert, die ihre Marktposition durch gezielte Zusammenschlüsse besser absichern können, wodurch zugleich die Vielfalt in diesem Marktsegment unterstützt werden soll. Schließlich dehnt die Novelle das Kartellrecht auf das wettbewerbliche Handeln der Krankenkassen aus. Dies gilt insbesondere für die Fusion von Krankenkassen. Ebenfalls aufgegriffen wird das Verbot so genannter Preis-Kosten-Scheren. Diese bisher bis Ende 2012 befristete Regelung wird um weitere fünf Jahre verlängert und verbietet es großen, marktmächtigen Mineralöl-Unternehmen, von kleineren Unternehmen Preise zu verlangen, die über denen liegen, zu denen sie die Kraftstoffe selbst auf dem Markt anbieten. Daneben enthält der Gesetzentwurf eine Vielzahl weiterer Regelungen, beispielsweise zur Verlängerung der gesonderten Beaufsichtigung der Strom- und Gasmärkte.

### **Weiterentwicklung der EU-Ostseestrategie**

Mit der EU-Strategie für den Ostseeraum will die Europäische Kommission sowohl die strategische Ausrichtung als auch die Finanzierung für die Ostseeregion verbessern. Die politische Abstimmung und die Zuständigkeiten der verschiedenen Akteure sollen klarer geregelt werden. Um die EU-Ostseestrategie an die politischen Vorgaben der Strategie Europa 2020 und die Vorschläge der EU-Kommission zur Regionalpolitik nach 2014 anzupassen, werden drei Kernziele definiert: Rettung der Ostsee (u.a. eine vielfältige und gesunde Tierwelt), verbesserte Verkehrsanbindung der Ostseeregion

und Steigerung des Wohlstands für die Bürgerinnen und Bürger. Die Umsetzung dieser Ziele soll mit konkreten Vorgaben und Indikatoren gemessen werden. Mit einer umfangreichen Stellungnahme begrüßt Hamburg grundsätzlich die Stärkung der EU-Ostseestrategie, weist aber darauf hin, dass einzelne Indikatoren verbesserungswürdig sind. Aus Hamburger Sicht ist es darüber hinaus erforderlich, eine solide Finanzierungsbasis für die Strategie zu finden. Dafür kommen vor allem Programme der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit in Betracht. Wichtig ist **auch**, dass bereits jetzt eng verbundene Teilräume – wie die Zusammenarbeit zwischen Hamburg, Schleswig-Holstein, süddänischen Regionen und dem schwedischen Schonen - in diesen Programmen besser gefördert werden. Daneben können auch die bestehenden Programme der Strukturförderung (EFRE, ESF) die Strategie unterstützen. Sie sind vor allem für die Kooperation von Forschung und Wissenschaft von Bedeutung.

**Für Rückfragen:**

**Sabine Spitzer**

**Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund**

**Tel. 0 30 – 2 06 46-109**

**[www.hamburg.de/landesvertretung](http://www.hamburg.de/landesvertretung)**

10. Mai 2012/bjg10

## **Sicherungsverwahrung: Justizsenatorin Jana Schiedek will im Bundesrat Schutz der Bevölkerung verbessern – Hamburger Antrag morgen zur Beratung im Bundesrat**

Der Bundesrat berät am morgigen Freitag über einen Hamburger Antrag zur Einführung der nachträglichen Therapieunterbringung. Diese soll es ermöglichen, dass Straftäter auch dann inhaftiert werden können, wenn erst während ihrer Zeit im Strafvollzug erkennbar wird, dass sie aufgrund einer psychischen Störung hochgradig gefährlich sind. Das Bundesverfassungsgericht hatte in seiner Entscheidung vom 4. Mai 2011 diese Möglichkeit aufgezeigt, um gefährliche Straftäter weiterhin geschlossen unterzubringen. Der vom Bundesministerium der Justiz ausgearbeitete und vom Deutschen Bundestag beschlossene Gesetzentwurf sieht eine entsprechende Regelung bisher nicht vor. Darin sieht die Justizsenatorin eine unnötige gravierende Schutzlücke:

„Es gibt zwar nur wenige Fälle, in denen sich die Gefährlichkeit des Täters erst im Strafvollzug zeigt. Aber auch in diesen Fällen müssen wir die Möglichkeit haben, die Straftäter geschlossen unterzubringen. Die Bundesregierung ist in dieser wichtigen Frage tief gespalten. Sie riskiert deshalb, dass hochgefährliche, psychisch gestörte Straftäter entlassen werden müssen. Beim Thema Sicherheit verbieten sich aber parteitaktische Kompromisse. Wir müssen die Ängste und Sorgen der Bürger in jedem Einzelfall ernst nehmen“ sagte Justizsenatorin Jana Schiedek.

Kontakt:

Dr. Sven Billhardt

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: [pressestelle@justiz.hamburg.de](mailto:pressestelle@justiz.hamburg.de)

7. Mai 2012/bsb07

## **Unternehmen und Stadtteilschulen werden Partner Handelskammer, Handwerkskammer, UVNord sowie Behörde für Schule und Berufsbildung unterzeichnen Kooperationsvereinbarung**

Welche Fähigkeiten und Fertigkeiten muss man mitbringen, um an der Konstruktion einer Airbus-Turbine mitzuarbeiten? Was müssen Mechatroniker alles können? Und wie organisiert man den Warenfluss in einem Supermarkt? Antworten auf diese und andere Fragen erhalten Hamburgs Schülerinnen und Schüler jetzt aus erster Hand – in Hamburger Betrieben, Unternehmen und Konzernen, die in der Hansestadt ansässig sind. Die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Stadtteilschule wird gefestigt durch eine Kooperationsvereinbarung, die heute von Bildungssenator **Ties Rabe**, dem Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Hamburg, **Prof. Dr. Hans-Jörg Schmidt-Trenz**, dem Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer, **Frank Glücklich**, und dem Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V. (UVNord), **Michael Thomas Fröhlich**, unterzeichnet wurde.

Zwei Ziele werden in der Kooperationsvereinbarung definiert: Die Schülerinnen und Schüler sollen die Realität der Wirtschafts-, Arbeits- und Berufswelt kennenlernen, und die Wirtschaftspartner schaffen ihrerseits die Möglichkeit, dass die Schülerinnen und Schüler den Anforderungen und Strukturen der Arbeits- und Berufswelt und dem Unternehmensalltag begegnen.

Beim Übergang von der Schule in die Berufswelt entscheidet sich das Lebensglück vieler junger Menschen. Doch die Vielfalt der Berufswelt ist für Schülerinnen und Schüler oft fremd und unüberschaubar. Oft müssen Jugendliche zudem schwierige Ausgangsbedingungen beim Übergang von der Schule in den Beruf bewältigen. Weniger als ein Fünftel der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abitur findet sofort einen Ausbildungsplatz.

Deshalb kommt der Kooperationsbereitschaft zwischen Schulen und Unternehmen eine zentrale Bedeutung zu. Gerade für Jugendliche, deren Wege noch nicht so klar sind, kann diese Zusammenarbeit besonders nützlich sein: In den Unternehmen können sie wichtige Kontakte zu Ausbildungsverantwortlichen knüpfen, können Vertrauen aufbauen und Praktika machen, zu denen sie ohne die Zusammenarbeit vermutlich keinen Zugang gefunden hätten.

### **Bildungssenator Ties Rabe:**

„Der Hamburger Senat möchte, dass alle Schülerinnen und Schüler das Abitur machen oder eine Ausbildung abschließen. Niemand soll auf der Strecke bleiben. Das ist ein ambitioniertes Ziel, das nur mit starken Partnern erreicht werden kann. Daher hat die heute geschlossene Kooperationsvereinbarung mit der Handelskammer, der Handwerkskammer und dem

Unternehmensverband Nord eine große Bedeutung. Weitere Schritte wie zum Beispiel der in ganz Deutschland einmalige Aufbau von Jugendberufsagenturen, die alle Schülerinnen und Schüler in die Berufswelt begleiten, werden folgen.“

**UVNord-Hauptgeschäftsführer Michael Thomas Fröhlich:**

„Uns liegen die Schülerinnen und Schüler der Stadtteilschulen besonders am Herzen. Wir wollen sie durch zahlreiche Praxisangebote so unterstützen, dass sie den Übergang von der Schule in eine duale Ausbildung oder ein Studium erfolgreich bewältigen. Dafür sind insbesondere lang angelegte Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen geeignet. Von ihnen profitieren im Übrigen auch schulische und wirtschaftliche Führungskräfte, wenn sie sich über Fragen der Motivation, Führungsinstrumente etc. austauschen, wie es bereits in unserem Projekt „Partners in Leadership“ der Fall ist. Über unser Bildungswerk und unsere Landesarbeitsgemeinschaft *SCHULEWIRTSCHAFT* begleiten wir derartige Projekte. Zukünftig wollen wir den Dialog zwischen Schulen und Unternehmen in regionalen Arbeitskreisen stärken.“

**Prof. Hans-Jörg Schmidt-Trenz, Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Hamburg:**

„Insbesondere für Unternehmen und Berufe, die bei den Jugendlichen nicht auf den ersten Blick im Fokus stehen, ist eine Kooperation die ideale Möglichkeit, die Vielfalt der Berufe und Ausbildungsmöglichkeiten aufzuzeigen und sich im Wettbewerb auf dem Ausbildungsmarkt positiv abzuheben.“

**Frank Glücklich, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Hamburg:**

„Über die „Serviceagentur Anschluss Handwerk“ haben Handwerkskammer und Innungen bereits Kooperationen zwischen rund 300 Betrieben und 60 Stadtteilschulen gestiftet. Das Handwerk ist damit gut aufgestellt, um die heute abgeschlossene Vereinbarung mit Leben zu füllen und mehr direkte Übergänge von der Schule in eine handwerkliche Ausbildung zu erreichen.“

Und so sieht die Kooperation der Partner Stadtteilschule, Unternehmen und Behörde praktisch aus:

Die **Stadtteilschulen** binden die Partnerschaft in den Unterricht und das schuleigene Qualitätsmanagement ein. Sie stehen im regelmäßigen Austausch mit dem Kooperationspartner, erarbeiten gemeinsam mit ihm Zeitpläne, Strukturen, passgenaue Inhalte und Rückmeldeverfahren.

Die **Handelskammer Hamburg**, die **Handwerkskammer Hamburg** und der **UVNord** ermöglichen den Schülerinnen und Schülern der Partnerschule in verschiedenen Jahrgangs- und Entwicklungsstufen Einblicke in den beruflichen Alltag der ihnen angeschlossenen Unternehmen. Dies kann in Form von Infoveranstaltungen, Betriebserkundungen, Praktika geschehen.

Die **Behörde für Schule und Berufsbildung** stellt die Umsetzung der festgelegten Grundsätze für die Berufs- und Studienorientierung an Stadtteilschulen sicher. Diese beinhalten eine qualifizierte Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf den Übergang von der Schule in den Beruf (ab Jahrgang 8) sowie eine individuelle Begleitung. Darüber hinaus werden die Schülerinnen und Schülern sowie die Eltern und Sorgeberechtigten in Zusammenarbeit mit den berufsbildenden Schulen und außerschulischen Partnern beraten und unterstützt.

Aktuelle Beispiele bereits bestehender Kooperationen:

#### Beispiel 1: Ida Ehre Schule und Olympus

In der allgemeinen Berufsorientierung (Jahrgang 11) werden jährlich rund 120 Schülerinnen und Schüler über die Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten bei Olympus informiert. Personalreferenten, Auszubildende und Abteilungsleiter des Unternehmens kommen dazu in die Schule. Spätestens zu Beginn des Jahrgangs 13 hat sich herauskristallisiert, welche Schülerinnen und Schüler sich für eine Ausbildung bei Olympus interessieren – und auch geeignet sind. Ein Bewerbungstraining schließt die gemeinsamen Aktivitäten ab.

#### Beispiel 2: Otto-Hahn-Schule und Airbus

Die Kooperationspartner arbeiten seit gut zwei Jahren zusammen. Der besondere Schwerpunkt ist die Förderung des Interesses für technische Ausbildungen und Studiengänge. Dabei stehen besonders die Mädchen im Fokus. Mehrere Projekte in verschiedenen Klassenstufen und Profilen wurden durchgeführt, Praktika und Ausbildungsplätze wurden vermittelt. Seminare zur Berufsorientierung runden das Angebot ab.

#### Beispiel 3: Stadtteilschule Lohbrügge und die Firma HKE

Bei größeren Baumaßnahmen an der Schule gehört es zum Prinzip, nach Praktikumsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler (Jahrgang10) zu fragen. Eine kleine Kooperation mit großer Wirkung: Jugendliche halfen der Firma HKE bei Elektroinstallationsarbeiten zur Raumsteuerung, verlegten u.a. Kabelkanäle. Zum Ausprobieren der eigenen Fähigkeiten kam hier der Stolz, hier etwas für die eigene Schule geleistet zu haben.

#### **Für Rückfragen der Medien:**

Peter Albrecht, Pressesprecher  
Behörde für Schule und Berufsbildung;  
Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: [peter.albrecht@bsb.hamburg.de](mailto:peter.albrecht@bsb.hamburg.de), Internet: [www.hamburg.de/bsb](http://www.hamburg.de/bsb)

09.05.2012/kb09



## **80.000 Euro für Kinder- und Jugendkultur** **„Kultur bewegt“ fördert 24 Projekte in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf**

Das Theaterprojekt „Wanderlust“, ein Fotoworkshop mit Jugendlichen im COME IN! „Licht im Schatten“ und das Stadtteilprojekt „Kunst im Quartier“ sind drei von 24 Kinder- und Jugendkulturprojekten, die sich in diesem Jahr über eine Förderung aus dem Fonds „Kultur bewegt“ freuen können. Aus 50 Anträgen hat eine Fachjury die Projekte in den Stadtteilen Altona, St. Pauli, Billstedt, Neustadt, Osdorf, Barmbek, Bramfeld, Steilshoop, Eidelstedt, Harburg, St. Georg, Bergedorf/Allermöhe, Uhlenhorst, Jenfeld und Wilhelmsburg ausgewählt.

Die Kulturbehörde hat „Kultur bewegt“ 2007 zusammen mit der Stiftung Maritim Hermann und Milena Ebel ins Leben gerufen, um kulturelle Projektarbeit mit Kindern und Jugendlichen in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf zu fördern. Dafür stellt die Stiftung Maritim Hermann und Milena Ebel in diesem Jahr 80.000 Euro zur Verfügung.

**Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler:** „Der Fonds „Kultur bewegt“ und die daraus geförderten Projekte sprechen vorrangig Kinder und Jugendliche in Stadtgebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf an und bauen Brücken, um die Teilhabe an Kunst und Kultur zu ermöglichen. Die Auseinandersetzung von jungen Menschen mit Kunst und Kultur ist essentiell für ihre persönliche Entwicklung. Sie stärkt ihre Kreativität, ihr Selbstvertrauen und fördert ihr Sozialverhalten und kann nachhaltig neue Lebensperspektiven eröffnen. Ich danke der Stiftung Maritim Hermann und Milena Ebel, dass wir auch in diesem – bereits sechsten – Jahr wieder besonders nachhaltige Projekte fördern konnten.“

**Milena Ebel:** „Meinem Mann und mir war es schon immer ein Anliegen, die soziale und kulturelle Entwicklung in Hamburg zu fördern. Wir möchten uns für die Kinder und Jugend in unserer Stadt engagieren – und zwar für diejenigen, die die Unterstützung wirklich brauchen. Das Erleben und Mitgestalten von Kultur erweitert den Horizont der Kinder, stärkt sie in ihrem Selbstwertgefühl und fördert die gegenseitige Toleranz. Mit „Kultur bewegt“ unterstützen wir deshalb Projekte, die jungen Menschen die Welt der Kreativität eröffnen.“

Die Bandbreite der ausgewählten Projekte reicht von Kunst, Theater, Tanz und Musik über Filmemachen bis zu Projekten mit Hamburger Schulen. Kriterien für die Förderung waren vor allem Nachhaltigkeit und eine Einbeziehung der lokalen Strukturen, zudem lag der Fokus auf Bereichen der Stadt, die von kultureller Projektarbeit bisher nicht ausreichend erreicht wurden. Mitglieder der Fachjury waren Milena Ebel (Stiftung Maritim Hermann und Milena Ebel), Werner Frömming (Kulturbehörde), Dr. Klaus Langebeck (Behörde für Schule und Berufsbildung a. D.) und Lutz Wendler (Kulturjournalist).

Weitere Informationen unter [www.hamburg.de/kultur-bewegt](http://www.hamburg.de/kultur-bewegt)

Für Rückfragen:

Stefan Nowicki  
Pressestelle der Kulturbehörde  
040 / 42824 – 226  
[pressestelle@kb.hamburg.de](mailto:pressestelle@kb.hamburg.de)

Julia Eble  
Stiftung Maritim Hermann und Milena Ebel – Hansa Treuhand  
0172 / 1580138  
[jeble@hansatreuhand.de](mailto:jeble@hansatreuhand.de)

7. Mai 2012/hc07

## **Eine grüne Identität für die östliche HafenCity: Freiraum-Wettbewerb für das Quartier Baakenhafen entschieden**

Das Bild des Quartiers Baakenhafen, ein hochattraktives neues Wohn- und Freizeitquartier in doppelter Wasserlage zwischen der Elbe und dem größten Hafenbecken der HafenCity Hamburg, wird immer deutlicher: Im Rahmen eines freiraumplanerischen Realisierungswettbewerbs haben 29 renommierte europäische Planerteams detaillierte Konzepte für die Plätze, Promenaden und besonderen Freizeitorde des Quartiers in der östlichen HafenCity entwickelt. Das Siegerkonzept von Atelier Loidl (Berlin) überzeugte die Jury durch vielfältig nutzbare, identitätsstiftende öffentliche Freiräume, insbesondere durch die Gestaltung einer grünen Spiel- und Freizeitinsel im Baakenhafen. Sämtliche Entwürfe des Wettbewerbs sind bis 28. Mai in einer Ausstellung in der HafenCity zu sehen. Die Erschließung des neuen Quartiers hat bereits begonnen.

Im September 2011 ist der städtebauliche Wettbewerb für das Quartier Baakenhafen entschieden worden, auf seiner Grundlage vollzieht sich der nächste große Planungsschritt: Am 25. April 2012 wurde der Wettbewerb für die Gestaltung der Freiräume im Quartier Baakenhafen entschieden. Das 21 Hektar große Quartier in der östlichen HafenCity Hamburg ist ein gemischt genutztes urbanes Wohnquartier mit ca. 1800 Wohnungen und 4600 Arbeitsplätzen in gemischt genutzten Gebäuden. Das Quartier zeichnet sich aber auch durch ein dichtes Netz von Freiräumen in spektakulärer Lage aus - darunter eine ca. 900 lange Promenade an der Elbe, vier Quartiersplätze sowie eine 1,5 Hektar große Spiel- und Freizeitinsel im Hafenbecken. Für die Gestaltung der Außenanlagen lobte die HafenCity Hamburg GmbH im Einvernehmen mit der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt der Freien und Hansestadt Hamburg im Oktober 2011 den Wettbewerb aus.

Die Anforderung an die Teilnehmer war es, ein gestalterisches Gesamtkonzept zu entwickeln, das attraktive, belebte und sichere öffentliche Räume schafft und zugleich auf die individuellen Bedürfnisse nach Ruhe und Privatheit Rücksicht nimmt. Der Charakter eines grünen Stadtquartiers sollte mit der für die HafenCity insgesamt prägenden urbanen Dichte und Nutzungsvielfalt in Einklang gebracht werden. Eine zentrale Rolle hierfür nimmt die Gestaltung der künstlichen Spiel- und Freizeitinsel ein, die der Masterplan neu für den Baakenhafen vorsieht. Zu den wichtigen Elementen der Insel gehören eine 3000 qm große Spielfläche, ein nachbarschaftliches Spiel- und Gemeinschaftshaus sowie die Integration des Kunstobjekts „Tower of Talkers“ von Thomas Schütte. Ebenso bedeutend für die Freiräume des Quartiers Baakenhafen ist die Elbpromenade am Kirchenpauerkai. Sie wird als ein 20 Meter breites grünes Band, davor Rad- und Fußwege, gestaltet. Dieser grüne Promenaden-Typus stellt ein wichtiges Bindeglied zwischen dem Lohsepark in der zentralen HafenCity und dem Elbpark Entenwerder dar. Nicht zuletzt kommt den Quartiersplätzen eine wichtige Funktion für die Nachbarschaft und die Vernetzung des auf die beiden Kaizungen Baakenhafen Nord und Baakenhafen Süd verteilten Quartiers zu.

Die Jury unter dem Vorsitz der Landschaftsarchitektin Professor Undine Giseke, Berlin, hat unter Mitwirkung von politischen Vertretern, in diesem Fall der Hamburgischen Bürgerschaft und des Bezirks Mitte, und unter Teilnahme von Bewohnern der HafenCity folgendes Ergebnis beschlossen:

1. Preis

Atelier Loidl, Landschaftsarchitekten und Stadtplaner, Berlin

2. Preis

Rehwaldt Landschaftsarchitekten, Dresden

3. Preis

sinai Faust.Schroll.Schwarz.Freiraumplanung + Projektsteuerung GmbH, Berlin

4. Preis

Club L94 Landschaftsarchitekten GmbH, Köln

Anerkennung

Planorama Landschaftsarchitektur, Berlin

Der Siegerentwurf überzeugte die Jury durch eine eigenständige Idee, durch eine klare Formsprache und eine spannungsreiche Topographie. Für die unterschiedlichen Räume und Situationen wurden angemessene, unterschiedliche Lösungen ausgearbeitet. Der Entwurf schafft mit der Spiel- und Freizeitsinsel ein unverwechselbares neues Landschaftselement, das sich überzeugend in das Hafenumfeld einpasst. Durch die ausgefallene Form und Topographie der Insel entstehen vielfältig nutzbare Freiräume für verschiedene Nutzergruppen und ein ganz besonderer Spielplatz für Kinder. Die Promenade an der Elbe wurde konzeptionell überzeugend und die Quartiersplätze wurden konsequent einheitlich gestaltet. Darüber hinaus ist eine unauffällige einheitliche Einbindung der notwendigen Rampen und der über die Plätze hinweggeführte Straße vorgesehen.

Der Freiraum-Entwurf wird in den kommenden Monaten nochmals überarbeitet. Die Erschließung des Quartiers Baakenhafen hat mit der Sanierung der historischen Kaimauern begonnen. In den kommenden Monaten starten die Arbeiten für die zentrale Erschließungsachse des Quartiers, die Brücke über den Baakenhafen. Im 3. Quartal 2012 sollen die ersten Grundstücke ausgeschrieben werden.

**Jürgen Bruns-Berentelg, Vorsitzender der Geschäftsführung der HafenCity Hamburg GmbH:**

„Der zügige Abschluss des freiraumplanerischen Realisierungswettbewerbs für das Quartier Baakenhafen schafft ein neues Bild für die HafenCity. Der grüne Charakter, der mit dem Lohsepark beginnt, wird konsequent bis zu den Elbbrücken entfaltet. Mit der grünen Freizeitsinsel ist Atelier Loidl ein Entwurf für einen nahezu magischen Ort gelungen. Damit entstehen nicht nur für die künftigen Bewohner und Beschäftigten des Baakenhafens und des angrenzenden Elbbrückenquartiers

hochattraktive Freiräume. Das Quartier Baakenhafen wird zu einem der attraktivsten und interessantesten Standorte in ganz Hamburg werden.“

**Prof. Jörn Walter, Oberbaudirektor, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt:**

„Von der Idee einer grünen „Schatzinsel“ mit bewegter Topographie geht etwas Faszinierendes aus, das an unsere Entdeckerlust rührt: Diese Insel muss man betreten und erlebt haben! Sie grenzt sich planerisch als neues Element bewusst von der steinernen Welt des Hafenbeckens ab und wird dem neuen familienorientierten Wohnquartier einen ganz besonderen Mittelpunkt geben.“

Ausstellungshinweis:

Die Entwürfe des freiraumplanerischen Realisierungswettbewerbs Baakenhafen werden vom 8. bis zum 25. Mai 2012 öffentlich ausgestellt.

Ort: Osakaaallee 16, Überseequartier, HafenCity, 20457 Hamburg

Öffnungszeiten: Dienstag bis Freitag 11 - 19 Uhr, Samstag/Sonntag: 10-18 Uhr

**Pressekontakt:**

*HafenCity Hamburg GmbH*

*Susanne Bühler, Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Tel: 040 / 37 47 26-14*

*E-Mail: [buehler@HafenCity.com](mailto:buehler@HafenCity.com)*

*Aktuelle Informationen auch unter [www.HafenCity.com](http://www.HafenCity.com)*

*Pressebilder unter <https://presse.hafencity.com/>*

10.05.2012/fb10

## Serviceverbesserungen bei Behördennummer 115

**Ab dem morgigen Freitag, 11.5.2012, hat Hamburg die Servicezeiten der 115 verlängert. Die Behördennummer 115 bietet nun Auskünfte zu mehr als 4.000 Themen der Verwaltung montags bis freitags von 7.00 Uhr bis 19.00 Uhr**

**Außerdem ist die einheitliche Behördennummer 115 nicht nur aus dem Festnetz, sondern jetzt auch aus mehreren Mobilfunknetzen zum Ortstarif und damit kostenlos über Flatrates erreichbar**

Die Behördennummer 115 ist bei den Hamburgerinnen und Hamburgern beliebt. Seit ihrem Start 2009 bietet sie Service aus einer Hand: eine Nummer für alle Behördenfragen und umfassende Auskünfte über die gesamte Hamburger Verwaltung und darüber hinaus, bei denen viele Anfragen abschließend geklärt werden können.

Mit der Ausweitung der Servicezeiten bei der 115 reagiert Hamburg auf das Anrufverhalten der Bürgerinnen und Bürger. Ab sofort werden alle Fragen von Montag bis Freitag vom Telefonischen HamburgService bereits ab 7.00 Uhr und bis 19.00 Uhr – bisher 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr – beantwortet.

Außerdem ist es gemeinsam mit den teilnehmenden Regionen, dem Bund und den Netzbetreibern gelungen, das Tarifgeflecht übersichtlicher zu gestalten. Das bedeutet konkret:

- **Viele Netzanbieter haben ihre Tarife angepasst, so dass die 115 aus dem Festnetz zum Ortstarif gewählt werden kann oder in Flatrates integriert ist.**
- **In vielen Handynetzen kann die Behördennummer (je nach Vertrag) kostenfrei erreicht werden.**

In der Hansestadt steht der Telefonische HamburgService mit der Behördennummer 115 für persönlichen Kontakt, Freundlichkeit und Kompetenz. Dreiviertel aller Anrufe werden innerhalb von 30 Sekunden angenommen, und mindestens 65 Prozent werden direkt im Erstkontakt beantwortet. In allen anderen Fällen garantiert das Servicecenter eine Reaktion innerhalb von 24 Stunden eines Werktags nach Eingang.

**Hamburgs Finanzsenator Dr. Peter Tschentscher: „Die Behördennummer 115 bietet seit 3 Jahren eine deutliche Qualitätsverbesserung im Bürgerservice. Mit der Ausweitung der Servicezeiten und der Tarifumstellung wird dieses Ziel weiterverfolgt. Der Telefonische HamburgService ist eine wichtige Säule der Kommunikation zwischen Verwaltung, Bürgern und Unternehmen. Er ist aufgrund seiner Leistungsfähigkeit ein gutes Beispiel für eine moderne Verwaltung und eine Referenz über die Grenzen der Hansestadt hinaus.“**

Der telefonische HamburgService steht mittlerweile für Bürgernähe im gesamten Norden Deutschlands. Die Landeshauptstadt Kiel (Schleswig-Holstein) ist bereits seit 2011 und die Gemeinde Seevetal aus Niedersachsen seit rund einem Monat an den bewährten Hamburger Bürgerservice angebunden.

**Rückfragen:**

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker

Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556

E-Mail: [daniel.stricker@fb.hamburg.de](mailto:daniel.stricker@fb.hamburg.de)

## Terminkalender

Vom 14. Mai bis 19. Mai 2012

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

### Montag, den 14.05.2012

- 09:00** Handwerkskammer, Holstenwall 12  
Staatsrat Andreas Rieckhof spricht anlässlich der **Eröffnung der Hansetagung 2012** ein Grußwort.
- 10:00** Rathaus, Diele  
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht ein Grußwort zur **Ausstellungseröffnung der „Landesexcellenz-Initiative“ (LEXI)**.
- 10:00** Europaschule Gymnasium Hamm, Ebelingplatz 8  
Bürgermeister Olaf Scholz besucht im Rahmen des **EU-Projekttag** die Europaschule Gymnasium Hamm und diskutiert mit Schülerinnen und Schülern über Ihre EU-Projekte.
- 11:30** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer  
Bürgermeister Olaf Scholz begrüßt den **Bürgermeister Kopenhagens, Frank Jensen, im Rahmen eines Senatsfrühstücks** und anschließend Eintrag ins **Goldene Buch**.  
  
Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt teil.
- 14:00** Angelterre Hotel, Friedrichstr. 31, 10969 Berlin  
Senator Ties Rabe eröffnet die **Fachtagung "Wege zum inklusiven Lernen - Impulse aus Europa"** und spricht ein Grußwort.
- 14:00** Rathaus, Bürgermeistersaal  
Staatsrat Dr. Michael Voges nimmt die **Siegerehrungen im Europäischen Wettbewerb** (Kinder malen Europa) vor und spricht ein Grußwort.
- 17:00** Rathaus, Kleines Zimmer  
Staatsrat Wolfgang Schmidt trifft den neuen **Geschäftsführer von STRING** (Strategic Partnership in the South Western Baltic Sea Trans Regional Area Implementing New Geography), Jacob Vestergaard, zum Gespräch.
- 18:45** Handelskammer, Adolphsplatz 1  
Bürgermeister Olaf Scholz spricht im Rahmen eines **Empfangs anlässlich des Besuchs des Kopenhagener Bürgermeisters, Frank Jensen**, ein Grußwort.  
  
Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt teil.
- 19:00** Rathaus, Kaisersaal  
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht ein Grußwort beim **Senatsempfang für das Hanse-Parlament**.

### Dienstag, den 15.05.2012

**12:00** Radisson Blue Resort Schloss Flesensee, Schlossstraße 1, 17213 Göhren-Lebbin  
Staatsrat Volker Schiek nimmt am 15.05. und 16.05.2012 an der **Vorkonferenz zur Innenministerkonferenz** teil.

**16:00** Rathaus, Kaisersaal  
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks gibt einen Senatsempfang anlässlich der **Auszeichnung „Hamburgs Pflege – Ausbildungsbeste 2011“**.

**18:30** Bürgertreff Altona, Gefionstr. 3  
Senatorin Jutta Blankau nimmt an einer Podiumsdiskussion zum Thema **"Klimaschutz auf den Plan" des BUND** teil.

#### **Mittwoch, den 16.05.2012**

**10:00** Hotel Hafen Hamburg, Seewartenstraße 9  
Bürgermeister Olaf Scholz spricht auf der **Mitgliederversammlung des Bundesinnungsverbandes des Gebäudereiniger-Handwerks** ein Grußwort.

**10:30** Rathaus, Phönixsaal  
Staatsrätin Elke Badde empfängt Vertreter aus Politik und Verwaltung zum **Europatag im Rahmen der Verbraucherschutzministerkonferenz 2012**.

**18:00** Bucerius Kunst Forum, Rathausmarkt 2  
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht anlässlich der **Ausstellungseröffnung „New York Photography, Von Stieglitz bis Man Ray“** ein Grußwort.

#### **Donnerstag, den 17.05.2012**

**13:00** Derby-Gelände, Hamburg-Klein Flottbek  
Senator Michael Neumann besucht das **Deutsche Spring- und Dressurderby**.

**17:00** Jugendherberge Horner Rennbahn, Rennbahnstraße 100  
Senator Michael Neumann nimmt an der **Eröffnung des Landesjugendwettbewerbs des ASB** ( Arbeiter-Samariter-Bund ) teil.

#### **Freitag, den 18.05.2012**

**10:00** Rathaus, Phönixsaal  
Staatsrat Michael Sachs begrüßt eine **Delegation des Lionsclub Duisburg**.

**12:30** Rathaus, Bürgermeistersaal  
Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek spricht anlässlich des Besuches der **„HMS OCEAN“** ( Hubschrauberträger), **des größten britischen Schiffes**, ein Grußwort.

#### **Samstag, den 19.05.2012**

**09:00** Sportanlage Mümmelmannsberg, Kandinskyallee 27  
Senatorin Prof. Barbara Kisseler eröffnet die **35. Deutsche Theaterfußballmeisterschaft**.